

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

### I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Verordnung (EWG) Nr. 436/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen .....	1
Verordnung (EWG) Nr. 437/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden .....	3
* Verordnung (EWG) Nr. 438/89 der Kommission vom 21. Februar 1989 zur Regelung der Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten Textilwaren (Kategorie 90) mit Ursprung in Polen .....	5
* Verordnung (EWG) Nr. 439/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 411/88 über die Methode und den Zinssatz, die bei der Berechnung der Finanzierungskosten für Interventionen in Form von Ankauf, Lagerung und Absatz anzuwenden sind ....	7
* Verordnung (EWG) Nr. 440/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Einreihung von bestimmten Waren in die Kombinierte Nomenklatur ...	8
Verordnung (EWG) Nr. 441/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der auf Rindfleisch aus Portugal geltenden Sonderabschöpfungen .....	10
Verordnung (EWG) Nr. 442/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse .....	12
Verordnung (EWG) Nr. 443/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der Kanarischen Inseln) .....	13
Verordnung (EWG) Nr. 444/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten .....	14
Verordnung (EWG) Nr. 445/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung .....	18
Verordnung (EWG) Nr. 446/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand	20

Verordnung (EWG) Nr. 447/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker .....	22
Verordnung (EWG) Nr. 448/89 der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1035/88 durchgeführte 42. Teilausschreibung .....	24

---

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

**Kommission**

89/139/EWG :

- \* **Entscheidung der Kommission vom 16. Februar 1989 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates .....** 25

89/140/EWG :

- \* **Entscheidung der Kommission vom 16. Februar 1989 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur in Frankreich gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates .....** 27

89/141/EWG :

- \* **Entscheidung der Kommission vom 16. Februar 1989 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur in Dänemark gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates .....** 28

89/142/EWG :

- \* **Entscheidung der Kommission vom 16. Februar 1989 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur im Vereinigten Königreich gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates .....** 29

## I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## VERORDNUNG (EWG) Nr. 436/89 DER KOMMISSION

vom 22. Februar 1989

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen  
oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 166/89<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13  
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates  
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit  
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-  
wendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87<sup>(4)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen  
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu  
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2401/88 der Kommission<sup>(5)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-  
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der  
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-  
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in  
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser  
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtig-  
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter  
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der  
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in  
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während  
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der  
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-  
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-  
izienten festgestellt wird.Diese Wechselkurse sind die am 21. Februar 1989 festge-  
stellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle  
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich  
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.  
2401/88 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen  
Angebotspreise und Notierungen, von denen die  
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der  
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu  
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

## Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und  
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-  
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang  
festgesetzt.

## Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 20 vom 25. 1. 1989, S. 16.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 205 vom 30. 7. 1988, S. 96.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*  
Ray MAC SHARRY  
*Mitglied der Kommission*

**ANHANG**

zur Verordnung der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungen	
	Portugal	Drittländer
0709 90 60	20,50	125,55
0712 90 19	20,50	125,55
1001 10 10	53,13	169,33 <sup>(1)</sup> <sup>(2)</sup>
1001 10 90	53,13	169,33 <sup>(1)</sup> <sup>(2)</sup>
1001 90 91	30,85	117,70
1001 90 99	30,85	117,70
1002 00 00	58,63	112,23 <sup>(6)</sup>
1003 00 10	49,19	119,38
1003 00 90	49,19	119,38
1004 00 10	40,25	74,59
1004 00 90	40,25	74,59
1005 10 90	20,50	125,55 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1005 90 00	20,50	125,55 <sup>(2)</sup> <sup>(3)</sup>
1007 00 90	43,84	137,31 <sup>(4)</sup>
1008 10 00	49,19	23,07
1008 20 00	49,19	57,94 <sup>(4)</sup>
1008 30 00	49,19	0,00 <sup>(2)</sup>
1008 90 10	(7)	(7)
1008 90 90	49,19	0,00
1101 00 00	57,38	178,97
1102 10 00	96,27	170,32
1103 11 10	95,80	275,91
1103 11 90	60,70	192,02

<sup>(1)</sup> Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

<sup>(2)</sup> Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 486/85 werden keine Abschöpfungen bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

<sup>(3)</sup> Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

<sup>(4)</sup> Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 50 % verringert.

<sup>(5)</sup> Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

<sup>(6)</sup> Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10) und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22) bestimmt.

<sup>(7)</sup> Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Code 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 437/89 DER KOMMISSION**

vom 22. Februar 1989

zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl  
und Malz hinzugefügt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 166/89<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 15  
Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates  
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit  
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-  
wendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87<sup>(4)</sup>, insbesondere auf  
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und  
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2402/88 der Kommission<sup>(5)</sup> und die später zu  
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt  
worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-  
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der  
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-  
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in  
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-  
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser

Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtig-  
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter  
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der  
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in  
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während  
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der  
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-  
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-  
izienten festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 21. Februar 1989 festge-  
stellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-  
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden  
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,  
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geän-  
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

(1) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten  
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus  
Portugal hinzuzufügen sind, sind auf Null festgesetzt.

(2) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verord-  
nung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten  
Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus  
Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festge-  
setzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 20 vom 25. 1. 1989, S. 16.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 205 vom 30. 7. 1988, S. 99.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

## A. Getreide und Mehl

*(ECU/Tonne)*

KN-Code	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5
0709 90 60	0	0,16	0,16	0
0712 90 19	0	0,16	0,16	0
1001 10 10	0	0	0	8,88
1001 10 90	0	0	0	8,88
1001 90 91	0	0	0	0,86
1001 90 99	0	0	0	0,86
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	0
1004 00 90	0	0	0	0
1005 10 90	0	0,16	0,16	0
1005 90 00	0	0,16	0,16	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	1,22

## B. Malz

*(ECU/Tonne)*

KN-Code	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6
1107 10 11	0	0	0	1,53	1,53
1107 10 19	0	0	0	1,14	1,14
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 438/89 DER KOMMISSION**

vom 21. Februar 1989

zur Regelung der Einfuhr in die Gemeinschaft von bestimmten Textilwaren  
(Kategorie 90) mit Ursprung in Polen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4136/86 des Rates  
vom 22. Dezember 1986 über die gemeinsame Einfuhr-  
regelung für bestimmte Textilwaren mit Ursprung in  
Drittländern<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2995/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 11,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 11 der Verordnung (EWG) Nr. 4136/86 bestimmt,  
unter welchen Voraussetzungen Höchstmengen festge-  
setzt werden können. Die Einfuhren in die Gemeinschaft  
von bestimmten Textilwaren (Kategorie 90), die im  
Anhang aufgeführt sind, mit Ursprung in Polen, haben  
die in Absatz 3 dieses Artikels vorgesehene Höhe über-  
schritten.

Nach Absatz 5 des Artikels 11 der Verordnung (EWG)  
Nr. 4136/86 wurde Polen am 9. Februar 1989 ein Konsul-  
tationersuchen notifiziert. In Erwartung einer beiderseitig  
zufriedenstellenden Lösung hat die Kommission Polen  
aufgefordert, die Ausfuhren von Waren der Kategorie 90  
in die Gemeinschaft ab dem Zeitpunkt der Notifizierung  
während dreier Monate provisorisch auf 450 Tonnen zu  
begrenzen. In Erwartung des Abschlusses der beantragten  
Konsultationen müssen die Einfuhren der betroffenen  
Warenkategorie provisorisch Höchstmengen unterworfen  
werden, die denjenigen entsprechen, zu denen das Liefer-  
land aufgefordert ist.

Nach Absatz 13 des Artikels 11 der Verordnung (EWG)  
Nr. 4136/86 wird die Einhaltung der Höchstmengen  
durch ein System der doppelten Kontrolle nach Maßgabe  
ihres Anhangs VI gewährleistet.

Die betreffenden zwischen dem 9. Februar 1989 und dem  
Inkrafttreten dieser Verordnung aus Polen ausgeführten  
Waren müssen von diesen Höchstmengen abgezogen  
werden.

Die Festlegung dieser Höchstmenge hindert nicht die  
Einfuhr von unter die Höchstmengen fallenden Waren,  
die vor dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung aus  
Polen abgesandt wurden.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1986, S. 42.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 270 vom 30. 9. 1988, S. 64.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Textilausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Vorbehaltlich des Artikels 2 gilt für die Einfuhren in die  
Gemeinschaft von Waren der im Anhang aufgeführten  
Warenkategorie mit Ursprung in Polen die in diesem  
Anhang angegebene vorläufige Höchstmenge.

*Artikel 2*

(1) Waren nach Artikel 1, die keiner Beschränkung  
unterliegen und vor dem Tag des Inkrafttretens dieser  
Verordnung von Polen in die Gemeinschaft ausgeführt  
und noch nicht zum freien Verkehr abgefertigt worden  
sind, werden zum freien Verkehr abgefertigt, sofern ein  
Konnossement oder gleichwertiges Frachtpapier vorgelegt  
wird, aufgrund dessen nachgewiesen wird, daß die Waren  
tatsächlich innerhalb des genannten Zeitraums versandt  
worden sind.

(2) Die nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser  
Verordnung von Polen in die Gemeinschaft versandten  
Waren unterliegen dem System der doppelten Kontrolle  
nach Anhang VI der Verordnung (EWG) Nr. 4136/86.

(3) Alle ab 9. Februar 1989 aus Polen versandten und  
zum freien Verkehr abgefertigten Warenmengen werden  
von der festgelegten Höchstmenge abgezogen. Diese  
vorläufige Höchstmenge steht jedoch der Einfuhr der  
unter diese Höchstmenge fallenden, aber vor Inkrafttreten  
dieser Verordnung aus Polen versandten Waren nicht  
entgegen.

*Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-  
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*  
in Kraft.

Sie gilt bis zum 8. Mai 1989.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 21. Februar 1989

*Für die Kommission*

Frans ANDRIESEN

*Vizepräsident*

**ANHANG**

Kategorie Nr.	KN-Code	Warenbezeichnung	Drittland	Einheiten	Mitgliedstaaten	Höchstmengen vom 9. Februar bis 8. Mai 1989
90	5607 41 00	Bindfäden, Seile und Taue, aus synthetischen Spinnstoffen, auch geflochten	Polen	Tonnen	D	57
	F				47	
	I				220	
	BNL				27	
	UK				59	
	IRL				3	
	DK				7	
	GR				5	
ES	21					
PT	4					
				EWG	450	



**VERORDNUNG (EWG) Nr. 439/89 DER KOMMISSION**

vom 22. Februar 1989

**zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 411/88 über die Methode und den Zinssatz, die bei der Berechnung der Finanzierungskosten für Interventionen in Form von Ankauf, Lagerung und Absatz anzuwenden sind**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 des Rates vom 2. August 1978 über die allgemeinen Regeln für die Finanzierung der Interventionen durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2050/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 5 erster Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 sieht vor, daß ein für die Gemeinschaft einheitlicher Zinssatz festgesetzt wird, der repräsentativ für die von den Mitgliedstaaten tatsächlich getragenen Zinskosten ist.

Der zweite Unterabsatz dieses Artikels gibt der Kommission die Möglichkeit, den einheitlichen Zinssatz bis 1992 auf einem niedrigeren Niveau festzulegen. Die Kommission hat von dieser Möglichkeit seit 1986 Gebrauch gemacht und den Satz seither auf 7 % festgesetzt. Angesichts der Entwicklung der Zinssätze in den Mitgliedstaaten ist es angebracht, den einheitlichen Zinssatz anzuheben.

Nach Artikel 5 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 kann die Kommission den Zinssatz für die Mitgliedstaaten, die niedrigere Zinskosten haben, als sie sich aus der Anwendung des einheitlichen Zinssatzes für die Berechnung der Zinskosten ergeben, auf einem niedrigeren Niveau festsetzen.

Die in diesem Artikel genannten Voraussetzungen sind in verschiedenen Mitgliedstaaten gegeben. Dort lagen die

Zinssätze auch 1986 unter dem Niveau des einheitlichen Zinssatzes.

Für diese Mitgliedstaaten ist ein spezifischer Zinssatz festzusetzen, der ab 1. Januar 1989 anzuwenden ist. Die Verordnung (EWG) Nr. 411/88 der Kommission<sup>(2)</sup> ist daher entsprechend zu ändern.

Der EAGFL-Ausschuß hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Verordnung (EWG) Nr. 411/88 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 3 wird durch den folgenden Text ersetzt:

*„Artikel 3*

Der in Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1883/78 genannte Zinssatz wird auf 7,7 % festgesetzt.“

2. Artikel 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Vom 1. Januar bis zum 30. September 1989 beläuft sich der besondere Zinssatz auf

— 6 % für Deutschland,

— 6,5 % für die Niederlande und für Luxemburg.“

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1989.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 216 vom 5. 8. 1978, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 6.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 40 vom 13. 2. 1988, S. 25.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 440/89 DER KOMMISSION**  
**vom 22. Februar 1989**  
**zur Einreihung von bestimmten Waren in die Kombinierte Nomenklatur**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates  
vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische  
Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif<sup>(1)</sup>, zuletzt  
geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 20/89<sup>(2)</sup>,  
insbesondere auf Artikel 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Um die einheitliche Anwendung der Kombinierten  
Nomenklatur im Anhang zu der genannten Verordnung  
zu gewährleisten, sind Vorschriften für die Einreihung der  
im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführten Waren zu  
erlassen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 hat allgemeine  
Vorschriften für die Auslegung der Kombinierten  
Nomenklatur festgesetzt. Diese Vorschriften gelten auch  
für die Auslegung jeder anderen Nomenklatur, die die  
Kombinierte Nomenklatur — auch nur teilweise — oder  
unter etwaiger Hinzufügung von Unterteilungen über-  
nimmt und die aufgrund besonderer gemeinschaftlicher  
Regelungen ausgestellt wurde, um tarifliche oder sonstige  
Maßnahmen im Rahmen des Warenverkehrs anzu-  
wenden.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

In Anwendung dieser allgemeinen Vorschriften sind die  
in Spalte 1 der Tabelle im Anhang dieser Verordnung  
genannten Waren den in Spalte 2 angegebenen KN-Code  
zuzuweisen und zwar unter Anwendung der in Spalte 3  
genannten Begründungen.

Der Ausschuß für die Nomenklatur hat nicht innerhalb  
der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung  
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Spalte 1 der Tabelle im Anhang beschriebenen  
Waren gehören in der Kombinierten Nomenklatur zu  
den in Spalte 2 der Tabelle genannten entsprechenden  
KN-Code.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 21. Tag nach ihrer Veröffent-  
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*  
in Kraft.

*Für die Kommission*

Christiane SCRIVENER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 256 vom 7. 9. 1987, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 4 vom 6. 1. 1989, S. 19.

## ANHANG

Warenbeschreibung	Einreihung (KN-Code)	Begründung
(1)	(2)	(3)
Rollschuh- oder Schlittschuhstiefel ohne daran befestigte Rollen oder Kufen, hauptsächlich aus Kunststoff, aber mit Zubehörteilen aus Spinnstoffen oder anderem Material	6402 19 00	Einreihung gemäß den allgemeinen Vorschriften für die Auslegung der Kombinierten Nomenklatur 1 und 6, der Anmerkung 1 Buchstabe e) und der Unterpositions-Anmerkung 1 zu Kapitel 64, der Anmerkung 1 Buchstabe g) zu Kapitel 95 sowie nach dem Wortlaut der KN-Code 6402 und 6402 19 00.  Aufgrund der oben angeführten Anmerkungen 1 Buchstabe e) zu Kapitel 64 und 1 Buchstabe g) zu Kapitel 95 kann die Ware nicht dem Kapitel 95 zugewiesen werden

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 441/89 DER KOMMISSION**

vom 22. Februar 1989

zur Festsetzung der auf Rindfleisch aus Portugal geltenden, Sonderabschöpfungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals, insbesondere auf Artikel 272,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates  
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Rindfleisch <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 4132/88 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 10  
Absatz 1, Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 12 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 272 Absatz 1 und 2 der Beitrittsakte wendet  
die Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31.  
Dezember 1985 während der ersten Stufe bei der Einfuhr  
von Erzeugnissen aus Portugal die vor dem Beitritt  
geltende Regelung an und berücksichtigt dabei die  
während dieser ersten Stufe erfolgende Annäherung der  
Preise. Es ist deshalb zweckmäßig, diese Abschöpfungen  
festzusetzen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 588/86 der Kommission <sup>(3)</sup>,  
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.

180/89 <sup>(4)</sup>, hat die Durchführungsvorschriften für die im  
Handel mit Rindfleisch für Portugal anwendbaren spezifi-  
schen Abschöpfungen bestimmt.

Die Anwendung sämtlicher in der Verordnung (EWG)  
Nr. 588/86 aufgeführter Bestimmungen führt zur Festset-  
zung der spezifischen Abschöpfungen bei der Einfuhr des  
betreffenden Rindfleischs gemäß dem Anhang dieser  
Verordnung —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die Sonderabschöpfungen bei der Einfuhr aus Portugal in  
die Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31.  
Dezember 1985 werden gemäß den Angaben im Anhang  
dieser Verordnung festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 1. März 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 362 vom 30. 12. 1988, S. 4.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 57 vom 1. 3. 1986, S. 45.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 23 vom 27. 1. 1989, S. 10.

## ANHANG

der Verordnung der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der auf Rindfleisch aus Portugal geltenden Sonderabschöpfungen

*(in ECU/100 kg)*

KN-Code	Betrag der Sonderabschöpfungen
0102 90 10	36,19
0102 90 31	36,19
0102 90 33	36,19
0102 90 35	36,19
0102 90 37	36,19
0201 10 10	68,29
0201 10 90	68,29
0201 20 21	68,29
0201 20 29	68,29
0201 20 31	54,63
0201 20 39	54,63
0201 20 51	81,95
0201 20 59	81,95
0201 20 90	102,44
0201 30	117,46
0202 10 00	61,46
0202 20 10	61,46
0202 20 30	49,17
0202 20 50	76,48
0202 20 90	92,19
0202 30 10	76,48
0202 30 50	76,48
0202 30 90	105,85
0206 10 95	117,46
0206 29 91	105,85
0210 20 10	102,44
0210 20 90	117,46
0210 90 41	117,46
0210 90 90	117,46
1602 50 10	117,46
1602 90 61	117,46

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 442/89 DER KOMMISSION**  
**vom 22. Februar 1989**  
**zur Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates  
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Zucker <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2306/88 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 16  
Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Melasse zu erhebende Abschöp-  
fung wurde mit der Verordnung (EWG) Nr. 2368/88 <sup>(3)</sup>,  
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)  
Nr. 386/89 <sup>(4)</sup>, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.  
2368/88 dargelegten Regeln und Einzelheiten auf die  
Angaben, über die die Kommission gegenwärtig verfügt,  
führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen  
Abschöpfung, wie es im Anhang zu dieser Verordnung  
angegeben wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die in Artikel 16 Absatz 1 der geänderten Verordnung  
(EWG) Nr. 1785/81 genannte Abschöpfung für Melasse  
wird für Melassen, auch entfärbt, der Unterpositionen  
1703 10 00 und 1703 90 00 der Kombinierten Nomen-  
klatur auf 1,17 ECU/100 kg festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*  
Ray MAC SHARRY  
*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 201 vom 27. 7. 1988, S. 65.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 205 vom 30. 7. 1988, S. 29.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 44 vom 16. 2. 1989, S. 36.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 443/89 DER KOMMISSION**

vom 22. Februar 1989

**zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der Kanarischen Inseln)****DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2238/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 396/89 der Kommission<sup>(3)</sup> wird bei der Einfuhr von Gurken mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der Kanarischen Inseln) eine Ausgleichsabgabe festgesetzt.Bei der gegenwärtigen Entwicklung der Notierungen, die für diese Erzeugnisse auf den in der Verordnung (EWG) Nr. 2118/74 der Kommission<sup>(4)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3811/85<sup>(5)</sup>, erwähnten repräsentativen Märkten festgestellt und gemäß Artikel 5 der genannten Verordnung festgesetzt oder berechnet werden, läßt sich feststellen, daß die Anwendung des Artikels 26

Absatz 1 erster Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 dazu führen würde, die Ausgleichsabgabe auf Null festzusetzen. Die in Artikel 26 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedingungen für die Aufhebung der Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von diesen Erzeugnissen mit Ursprung in Spanien (mit Ausnahme der Kanarischen Inseln) sind daher erfüllt.

Nach Artikel 136 Absatz 2 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals wird während der ersten Übergangsstufe im Handel zwischen dem neuen Mitgliedstaat und der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 die vor dem Beitritt geltende Regelung angewandt —

**HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :***Artikel 1*

Die Verordnung (EWG) Nr. 396/89 wird aufgehoben.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 198 vom 26. 7. 1988, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 45 vom 17. 2. 1989, S. 15.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 1.

## VERORDNUNG (EWG) Nr. 444/89 DER KOMMISSION

vom 22. Februar 1989

## zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates  
vom 22. September 1966 über die Errichtung einer  
gemeinsamen Marktorganisation für Fette<sup>(1)</sup>, zuletzt geän-  
dert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2210/88<sup>(2)</sup>, insbe-  
sondere auf Artikel 27 Absatz 4,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 des Rates  
vom 11. Juni 1985 über die in der Landwirtschaft anzu-  
wendenden Umrechnungskurse<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch  
die Verordnung (EWG) Nr. 275/89<sup>(4)</sup>,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates  
vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaß-  
nahmen für Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblu-  
menkerne<sup>(5)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2216/88<sup>(6)</sup>, insbesondere auf Artikel 2  
Absatz 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG  
vorgesehene Beihilfe ist in der Verordnung (EWG) Nr.  
250/89 der Kommission<sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die  
Verordnung (EWG) Nr. 397/89<sup>(8)</sup>, festgesetzt.Aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.  
250/89 genannten Modalitäten auf die Angaben, über die  
die Kommission gegenwärtig verfügt, ergibt sich, daß die  
zur Zeit geltende Beihilfe wie in den Anhängen zu dieser  
Verordnung angegeben zu ändern ist.Da für das Wirtschaftsjahr 1989/90 der Richtpreis für  
Raps- und Rübsensamen und die Kürzung der Beihilfe,die sich aus der Anwendung der Regelung der garan-  
tierten Höchstmengen ergibt, noch nicht bestehen,  
konnte der für dieses Wirtschaftsjahr geltende Beihilfebe-  
trag, der von der Kommission dem Rat vorgelegt wurde,  
im Falle der Voraussetzung nur vorläufig aufgrund der  
letzten Preisvorschläge und der Kürzung berechnet  
werden; dieser Betrag darf daher nur vorläufig ange-  
wendet werden und wird zu bestätigen oder zu ändern  
sein, sobald die Preise und flankierenden Maßnahmen  
insbesondere deren, die die Regelung der garantierten  
Höchstmengen betreffen, für das Wirtschaftsjahr 1989/90  
bekannt sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*(1) Die Höhe der Beihilfe und die Wechselkurse  
gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG)  
Nr. 2681/83 der Kommission<sup>(9)</sup> sind im Anhang festge-  
setzt.(2) Der Betrag der Ausgleichsbeihilfe gemäß Artikel 14  
der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 des Rates<sup>(10)</sup> für in  
Spanien geerntete Sonnenblumenkerne wird im Anhang  
III festgesetzt.(3) Die mit der Verordnung (EWG) Nr. 1920/87 des  
Rates<sup>(11)</sup> für in Portugal geerntete und verarbeitete  
Sonnenblumenkerne vorgesehene Sonderbeihilfe ist in  
Anhang III festgesetzt.(4) Die Höhe der Beihilfe im Falle der Vorausfestset-  
zung für das Wirtschaftsjahr 1989/90 bei Raps- und  
Rübsensamen wird mit Wirkung vom 23. Februar 1989  
bestätigt oder geändert, um den für das Wirtschaftsjahr  
1989/90 festgesetzten Preisen und den flankierenden  
Maßnahmen Rechnung zu tragen, insbesondere denen,  
die die Regelung der garantierten Höchstmengen  
betreffen.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 26. 7. 1988, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 11.<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 32 vom 3. 2. 1989, S. 8.<sup>(5)</sup> ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.<sup>(6)</sup> ABl. Nr. L 197 vom 26. 7. 1988, S. 10.<sup>(7)</sup> ABl. Nr. L 30 vom 1. 2. 1989, S. 33.<sup>(8)</sup> ABl. Nr. L 45 vom 17. 2. 1989, S. 17.<sup>(9)</sup> ABl. Nr. L 266 vom 28. 9. 1983, S. 1.<sup>(10)</sup> ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1986, S. 47.<sup>(11)</sup> ABl. Nr. L 183 vom 3. 7. 1987, S. 18.



Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*  
Ray MAC SHARRY  
*Mitglied der Kommission*

**ANHANG I**

**Beihilfen für Raps- und Rübensamen, andere als „Doppelnul“-Sorten**

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7 <sup>(1)</sup>
<b>Bruttobeihilfen (ECU):</b>						
— Spanien	0,580	0,580	0,580	0,580	0,580	1,170
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	20,338	20,413	20,650	20,887	20,887	18,580
<b>2. Endgültige Beihilfen:</b>						
<b>a) Samen, geerntet und verarbeitet in:</b>						
— Deutschland (DM)	48,41	48,59	49,15	49,71	49,71	44,39
— Niederlande (hfl)	54,01	54,21	54,84	55,47	55,47	49,48
— Belgien/Luxemburg (bfrs/lfrs)	982,06	985,68	997,12	1 008,57	1 008,57	897,17
— Frankreich (ffrs)	149,08	149,59	151,37	153,16	153,16	136,20
— Dänemark (dkr)	178,11	178,76	180,85	182,94	182,94	162,72
— Irland (Ir £)	16,581	16,638	16,836	17,034	17,034	15,149
— Vereinigtes Königreich (£ Stg.)	13,071	13,114	13,272	13,415	13,415	11,851
— Italien (Lit)	32 043	32 152	32 502	32 782	32 782	28 882
— Griechenland (Dr)	2 466,60	2 470,28	2 491,75	2 511,01	2 511,01	2 161,64
<b>b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:</b>						
— in Spanien (Pta)	89,44	89,44	89,44	89,44	89,44	180,43
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 221,49	3 235,27	3 266,14	3 292,67	3 292,67	2 979,91
<b>c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:</b>						
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	4 400,11	4 413,40	4 456,96	4 489,16	4 489,16	4 029,31

<sup>(1)</sup> Im Fall der Voraussetzung für das Wirtschaftsjahr 1989/1990 vorbehaltlich der festzusetzenden Preise und Maßnahmen, insbesondere deren, die die Regelung der garantierten Höchstmengen betreffen.

## ANHANG II

## Beihilfen für Raps- und Rübensamen „Doppelnull“

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7 <sup>(1)</sup>
<b>1. Bruttobeihilfen (ECU):</b>						
— Spanien	3,080	3,080	3,080	3,080	3,080	3,670
— Portugal	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500
— Andere Mitgliedstaaten	22,838	22,913	23,150	23,387	23,387	21,080
<b>2. Endgültige Beihilfen:</b>						
<b>a) Samen, geerntet und verarbeitet in:</b>						
— Deutschland (DM)	54,31	54,49	55,05	55,61	55,61	50,29
— Niederlande (hfl)	60,63	60,83	61,46	62,09	62,09	56,10
— Belgien/Luxemburg (bfrs/lfrs)	1 102,78	1 106,40	1 117,84	1 129,29	1 129,29	1 017,89
— Frankreich (ffrs)	168,04	168,55	170,33	172,12	172,12	155,17
— Dänemark (dkr)	200,22	200,86	202,95	205,04	205,04	184,83
— Irland (Ir £)	18,691	18,747	18,945	19,144	19,144	17,258
— Vereinigtes Königreich (£ Stg.)	14,758	14,801	14,959	15,103	15,103	13,539
— Italien (Lit)	36 130	36 239	36 590	36 869	36 869	32 970
— Griechenland (Dr)	2 856,65	2 860,33	2 881,80	2 901,06	2 901,06	2 551,69
<b>b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:</b>						
— in Spanien (Pta)	474,98	474,98	474,98	474,98	474,98	565,96
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 607,02	3 620,80	3 651,67	3 678,21	3 678,21	3 365,44
<b>c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:</b>						
— in Portugal (Esc)	470,02	470,02	470,02	470,02	470,02	470,02
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	4 870,13	4 883,42	4 926,98	4 959,18	4 959,18	4 499,33

(<sup>1</sup>) Im Fall der Vorausfestsetzung für das Wirtschaftsjahr 1989/1990 vorbehaltlich der festzusetzenden Preise und Maßnahmen, insbesondere deren, die die Regelung der garantierten Höchstmengen betreffen.

## ANHANG III

## Beihilfen für Sonnenblumenkerne

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6
<b>1. Bruttobeihilfen (ECU):</b>					
— Spanien	5,170	5,170	5,170	5,170	5,170
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	24,969	25,597	26,058	25,924	25,924
<b>2. Endgültige Beihilfen:</b>					
<b>a) Kerne, geerntet und verarbeitet in (1):</b>					
— Deutschland (DM)	59,35	60,83	61,91	61,60	61,60
— Niederlande (hfl)	66,28	67,93	69,15	68,80	68,80
— Belgien/Luxemburg (bfrs/lfrs)	1 205,68	1 236,00	1 258,26	1 251,79	1 251,79
— Frankreich (ffrs)	184,09	188,93	192,45	191,31	191,31
— Dänemark (dkr)	219,02	224,60	228,69	227,46	227,46
— Irland (Ir £)	20,476	21,014	21,407	21,279	21,279
— Vereinigtes Königreich (£ Stg.)	16,182	16,616	16,931	16,809	16,809
— Italien (Lit)	39 588	40 632	41 360	41 004	41 004
— Griechenland (Dr)	3 173,77	3 281,94	3 344,69	3 290,03	3 290,03
<b>b) Kerne, geerntet in Spanien und verarbeitet:</b>					
— in Spanien (Pta)	797,28	797,28	797,28	797,28	797,28
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 970,59	4 064,61	4 128,40	4 101,82	4 101,82
<b>c) Kerne, geerntet in Portugal und verarbeitet:</b>					
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in Spanien (Esc)	6 973,42	7 095,62	7 184,21	7 144,32	7 144,32
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	6 796,20	6 915,30	7 001,63	6 962,76	6 962,76
<b>3. Ausgleichsbeihilfen:</b>					
— für Spanien (Pta)	3 921,42	4 018,34	4 083,09	4 058,44	4 058,44
<b>4. Sonderbeihilfe:</b>					
— für Portugal (Esc)	6 796,20	6 915,30	7 001,63	6 962,76	6 962,76

(1) Für die in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 geernteten und in Spanien verarbeiteten Kerne sind die Beträge unter Ziffer 2 Buchstabe a) mit 1,0260760 zu multiplizieren.

## ANHANG IV

Umrechnungskurse der ECU, die für die Umrechnung der endgültigen Beihilfen in die Währung des Verarbeitungslandes anzuwenden sind, wenn es sich dabei nicht um das Erzeugungsland handelt

(Wert von 1 ECU)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7
DM	2,084090	2,081150	2,077860	2,074830	2,074830	2,065110
hfl	2,354200	2,351560	2,348270	2,345040	2,345040	2,335540
bfrs/lfrs	43,692100	43,670600	43,653300	43,640000	43,640000	43,577500
ffrs	7,097920	7,102370	7,107300	7,111140	7,111140	7,124050
dkr	8,115020	8,112110	8,109550	8,107600	8,107600	8,107370
Ir £	0,785064	0,784336	0,783736	0,783624	0,783624	0,783375
£Stg.	0,639982	0,641309	0,642645	0,643894	0,643894	0,648090
Lit	1 526,54	1 530,65	1 535,77	1 540,73	1 540,73	1 555,04
Dr	174,18700	174,90800	175,82300	176,70900	176,70900	180,96600
Esc	171,22300	171,66900	172,11600	172,68700	172,68700	174,59000
Pta	129,74900	130,18700	130,66600	131,11800	131,11800	132,49000

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 445/89 DER KOMMISSION**

vom 22. Februar 1989

**zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-  
sation für Getreide <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 166/89 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 16  
Absatz 4 zweiter Unterabsatz vierter Satz,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 des Rates  
vom 29. Oktober 1975 über die Grundregeln für die  
Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von  
Getreide und über die Kriterien für die Festsetzung des  
Erstattungsbetrags <sup>(3)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Betrag, um den die Erstattung für Getreide berichtigt  
wird, ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 331/89 der  
Kommission <sup>(4)</sup>, festgesetzt worden.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-  
Preise für Terminkäufe und unter Berücksichtigung der  
voraussichtlichen Marktentwicklung ist es erforderlich,  
den zur Zeit geltenden Betrag, um den die Erstattung für  
Getreide berichtigt wird, abzuändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Der Betrag, um den die nach Artikel 16 Absatz 4 der  
Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten  
Erstattungen für Getreide zu berichtigen sind, festgesetzt  
im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 331/89, wird wie  
im Anhang angegeben geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 20 vom 25. 1. 1989, S. 16.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 78.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 38 vom 10. 2. 1989, S. 30.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung

(ECU / Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7	6. Term. 8
0709 90 60 000	—	—	—	—	—	—	—	—
0712 90 19 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 10 000	01	0	0	0	0	—	—	—
1001 10 90 000	01	0	0	0	0	- 40,00	- 40,00	- 40,00
1001 90 91 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 99 000	03	0	+ 3,00	+ 3,00	+ 3,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
	04	0	0	+ 30,00	+ 30,00	- 10,00	- 10,00	- 10,00
	02	0	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1002 00 00 000	01	0	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1003 00 10 000	01	0	0	0	0	—	—	—
1003 00 90 000	03	0	+ 3,00	+ 3,00	+ 3,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
	02	0	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1004 00 10 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1004 00 90 000	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1005 10 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 90 00 000	01	0	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1007 00 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1008 20 00 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 00 110	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 120	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 130	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 150	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 170	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 180	01	0	0	0	0	0	—	—
1101 00 00 190	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 00 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 100	01	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 200	01	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 300	01	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 500	01	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 10 100	01	0	0	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 10 200	01	0	0	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 10 500	01	0	0	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 10 900	01	0	0	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 90 100	01	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 90 900	—	—	—	—	—	—	—	—

(1) Die Bestimmungen sind folgende:

- 01 alle Drittländer,
- 02 andere Drittländer,
- 03 Algerien, Tunesien, Ägypten und die Kanarischen Inseln,
- 04 Sowjetunion.

NB: Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977, S. 53), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 296/88 (ABl. Nr. L 30 vom 2. 2. 1988, S. 9), bestimmt sind.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 446/89 DER KOMMISSION**  
vom 22. Februar 1989  
zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in  
unverändertem Zustand

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates  
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Zucker<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2306/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 19 Absatz  
4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Erstattungen, die bei der Ausfuhr von Weiß- und  
Rohzucker anzuwenden sind, wurden durch die Verord-  
nung (EWG) Nr. 377/89 der Kommission<sup>(3)</sup>, geändert  
durch die Verordnung (EWG) Nr. 422/89<sup>(4)</sup>, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.  
377/89 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über  
die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß  
die derzeit geltenden Ausfuhrerstattungen entsprechend  
dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem  
Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der  
Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten und nicht  
denaturierten Erzeugnisse, die im Anhang der geänderten  
Verordnung (EWG) Nr. 377/89 festgesetzt wurden,  
werden wie im Anhang angegeben geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 201 vom 27. 7. 1988, S. 65.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 44 vom 16. 2. 1989, S. 13.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 49 vom 21. 2. 1989, S. 14.

## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Änderung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

(in ECU)

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung	
	je 100 kg	je 1 v. H. Saccharosegehalt je 100 kg des betreffenden Erzeugnisses
1701 11 90 100	32,34 <sup>(1)</sup>	
1701 11 90 910	30,08 <sup>(1)</sup>	
1701 11 90 950	<sup>(2)</sup>	
1701 12 90 100	32,34 <sup>(1)</sup>	
1701 12 90 910	30,08 <sup>(1)</sup>	
1701 12 90 950	<sup>(2)</sup>	
1701 91 00 000		0,3516
1701 99 10 100	35,16	
1701 99 10 910	34,62	
1701 99 10 950	34,62	
1701 99 90 100		0,3516

<sup>(1)</sup> Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 766/68 errechnet.

<sup>(2)</sup> Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. Nr. L 255 vom 26. 9. 1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. Nr. L 309 vom 21. 11. 1985, S. 14).

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 447/89 DER KOMMISSION**  
vom 22. Februar 1989  
zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und  
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates  
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-  
tion für Zucker<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 2306/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 16 Ab-  
satz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker zu  
erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung  
(EWG) Nr. 2336/88 der Kommission<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert  
durch die Verordnung (EWG) Nr. 426/89<sup>(4)</sup>, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.  
2336/88 enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben,

von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer  
Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen wie  
im Anhang zu dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.  
1785/81 genannten Abschöpfungen auf Rohzucker der  
Standardqualität und auf Weißzucker sind im Anhang  
festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem  
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*  
Ray MAC SHARRY  
*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 201 vom 27. 7. 1988, S. 65.

<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 203 vom 28. 7. 1988, S. 22.

<sup>(4)</sup> ABl. Nr. L 49 vom 21. 2. 1989, S. 22.



## ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 22. Februar 1989 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

(ECU/100 kg)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag
1701 11 10	34,04 (1)
1701 11 90	34,04 (1)
1701 12 10	34,04 (1)
1701 12 90	34,04 (1)
1701 91 00	41,36
1701 99 10	41,36
1701 99 90	41,36 (2)

(1) Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des eingeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der nach den Bestimmungen des Artikels 2 der Verordnung (EWG) Nr. 837/68 der Kommission berechnete Abschöpfungsbetrag angewandt.

(2) Dieser Betrag gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 gilt außerdem für aus Weiß- und Rohzucker gewonnenen Zucker, dem andere Stoffe als Aroma- oder Farbstoffe zugesetzt sind.

**VERORDNUNG (EWG) Nr. 448/89 DER KOMMISSION**

vom 22. Februar 1989

**zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1035/88 durchgeführte 42. Teilausschreibung****DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2306/88 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 19 Absatz 4 erster Unterabsatz Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1035/88 der Kommission vom 18. April 1988 betreffend eine Dauerausschreibung für die Festsetzung von Abschöpfungen und/oder Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker <sup>(3)</sup> werden Teilausschreibungen für die Ausfuhr dieses Zuckers durchgeführt.

Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/88 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung

insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Zuckermarktes in der Gemeinschaft sowie des Weltmarktes festzusetzen.

Nach Prüfung der Angebote sind für die 42. Teilausschreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen festzulegen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

**HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :***Artikel 1*

Für die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1035/88 durchgeführte 42. Teilausschreibung für Weißzucker wird eine Ausfuhrerstattung von höchstens 37,289 ECU/100 kg festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 1989 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 201 vom 27. 7. 1988, S. 65.<sup>(3)</sup> ABl. Nr. L 102 vom 21. 4. 1988, S. 14.

## II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

## KOMMISSION

## ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 16. Februar 1989

zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(89/139/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1137/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 25 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Richtlinien des Landes Bayern für die Durchführung des Programms zur Erhaltung der Kulturlandschaft (11. März 1988 — Nr. B4-7292-410; Teil A) gemäß Artikel 24 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 mitgeteilt.

Gemäß Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 hat die Kommission bezüglich der genannten Vorschriften zu entscheiden, ob im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der genannten Verordnung und unter Berücksichtigung der Ziele sowie des notwendigen Zusammenhangs zwischen den verschiedenen Maßnahmen die Bedingungen für eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der gemeinsamen Maßnahme gemäß Titel V der Verordnung erfüllt sind.

Gemäß Titel V der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 können die Mitgliedstaaten in Gebieten mit besonderer Notwendigkeit des Schutzes der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sowie der Erhaltung des natürlichen Lebensraums und der Landschaft Maßnahmen treffen, die zur Einführung oder Beibehaltung landwirtschaftlicher

Erzeugungspraktiken beitragen, die diesen besonderen Notwendigkeiten gerecht werden.

Diese Maßnahmen umfassen die Gewährung einer jährlichen Hektarprämie an die landwirtschaftlichen Betriebsinhaber, die sich im Rahmen eines spezifischen Programms für ein abgegrenztes Gebiet für mindestens fünf Jahre verpflichten, bestimmte Erzeugungspraktiken anzuwenden.

Die in den mitgeteilten Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen entsprechen den Zielen von Titel V der Verordnung (EWG) Nr. 797/85.

Jedoch ist die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der vorgesehenen Beihilferegulierung auf die Fälle beschränkt, die den Bedingungen und Kriterien von Titel V der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 entsprechen.

Mit Ausnahme der Vorschriften in den Unterprogrammen 2.1 und 2.2 betreffen die in den mitgeteilten Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen die Abgrenzung von Gebieten mit besonderer Notwendigkeit des Schutzes der Umwelt. Darin werden die Bedingungen für die Erzeugungspraktiken, die den Erfordernissen des Schutzes der Umwelt dieser Gebiete entsprechen, in ausreichendem Maße festgelegt und wird der Beihilfebetrag nach Maßgabe der von den Landwirten eingegangenen Verpflichtungen und der sich daraus ergebenden Einkommensverluste festgesetzt. Somit entsprechen die Maßnahmen den Bedingungen und Zielen von Titel V der Verordnung (EWG) Nr. 797/85.

Mit den Vorschriften der Unterprogramme 2.1 und 2.2 werden keine Gebiete mit besonderer Notwendigkeit im Sinne von Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 abgegrenzt.

<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 93 vom 30. 3. 1985, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 108 vom 29. 4. 1988, S. 1.

Der Ausschuß des EAGFL ist zu den finanziellen Aspekten gehört worden.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Agrarstrukturausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*

Die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 24 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 mitgeteilten Richtlinien des Landes Bayern für die Durchführung des Programms zur Erhaltung der Kulturlandschaft (11. März 1988 — Nr. B4-7292-410 ; Teil A)

erfüllen mit Ausnahme der in den Unterprogrammen 2.1 und 2.2 genannten Maßnahmen die Bedingungen für eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an der in Titel V derselben Verordnung genannten Maßnahme.

*Artikel 2*

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION**

vom 16. Februar 1989

zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur in Frankreich gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates

(Nur der französische Text ist verbindlich)

(89/140/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates  
vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der  
Agrarstruktur<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1137/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 25  
Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die französische Regierung hat am 10. November 1988  
die nachstehenden Vorschriften gemäß Artikel 24 Absatz  
4 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 mitgeteilt :

- Dienstvorschrift SDEEA / N88 / Nr. 7014 vom 19.  
Mai 1988 über die Investitionsbeihilfen im Schweine-  
fleischsektor,
- Runderlaß SDEEA — DEPSE vom 28. Oktober 1988  
zur Änderung der Gesetzgebung über die Betriebsver-  
besserungspläne.

Gemäß Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.  
797/85 hat die Kommission bezüglich der genannten  
Vorschriften zu entscheiden, ob im Hinblick auf ihre  
Vereinbarkeit mit der genannten Verordnung und unter  
Berücksichtigung der Ziele sowie des notwendigen  
Zusammenhangs zwischen den verschiedenen  
Maßnahmen die Bedingungen für eine finanzielle Beteili-  
gung der Gemeinschaft erfüllt sind.Die genannten Vorschriften entsprechen den Bedin-  
gungen und Zielen der Verordnung (EWG) Nr. 797/85.Der Ausschuß des EAGFL ist zu den finanziellen  
Aspekten gehört worden.Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Agrarstruk-  
turausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die in Frankreich in Anwendung der Verordnung (EWG)  
Nr. 797/85 getroffenen Maßnahmen erfüllen unter  
Berücksichtigung der mitgeteilten Vorschriften weiterhin  
die Bedingungen für eine finanzielle Beteiligung der  
Gemeinschaft an der in Artikel 1 der Verordnung (EWG)  
Nr. 797/85 genannten gemeinsamen Maßnahme.*Artikel 2*Diese Entscheidung ist an die Französische Republik  
gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 93 vom 30. 3. 1985, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 108 vom 29. 4. 1988, S. 1.

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION**

vom 16. Februar 1989

**zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur in Dänemark gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates**

(Nur der dänische Text ist verbindlich)

(89/141/EWG)

**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —**gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates  
vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der  
Agrarstruktur<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1137/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 25  
Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die dänische Regierung hat am 16. September 1988 die  
nachstehenden Vorschriften gemäß Artikel 24 Absatz 4  
der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 mitgeteilt :— Erlaß des Landwirtschaftsministeriums Nr. 417 vom  
12. Juli 1988 über die Bedingungen für die Beihilfen-  
gewährung im Schweinefleischsektor.Gemäß Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.  
797/85 hat die Kommission bezüglich der genannten  
Vorschriften zu entscheiden, ob im Hinblick auf ihre  
Vereinbarkeit mit der genannten Verordnung und unter  
Berücksichtigung der Ziele sowie des notwendigen  
Zusammenhangs zwischen den verschiedenen  
Maßnahmen die Bedingungen für eine finanzielle Beteili-  
gung der Gemeinschaft erfüllt sind.Die genannten Vorschriften entsprechen den Bedin-  
gungen und Zielen der Verordnung (EWG) Nr. 797/85.Der Ausschuß des EAGFL ist zu den finanziellen  
Aspekten gehört worden.Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Agrarstruk-  
turausschusses —**HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :***Artikel 1*Die in Dänemark in Anwendung der Verordnung (EWG)  
Nr. 797/85 getroffenen Maßnahmen erfüllen unter  
Berücksichtigung der mitgeteilten Vorschriften weiterhin  
die Bedingungen für eine finanzielle Beteiligung der  
Gemeinschaft an der in Artikel 1 der Verordnung (EWG)  
Nr. 797/85 genannten gemeinsamen Maßnahme.*Artikel 2*Diese Entscheidung ist an das Königreich Dänemark  
gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 93 vom 30. 3. 1985, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 108 vom 29. 4. 1988, S. 1.

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION**

vom 16. Februar 1989

**zur Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur im Vereinigten Königreich  
gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates**

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(89/142/EWG)

**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN  
GEMEINSCHAFTEN —**gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 797/85 des Rates  
vom 12. März 1985 zur Verbesserung der Effizienz der  
Agrarstruktur<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung  
(EWG) Nr. 1137/88<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 25  
Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat am 7.  
November 1988 die nachstehenden Vorschriften gemäß  
Artikel 24 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85  
mitgeteilt :

- „The Agriculture Improvement (variation) scheme  
1988 — Statutory Instrument 1988 No 1056“ ;
- „The Agriculture Improvement (Amendment) Regula-  
tions 1988 — Statutory Instrument 1988 No 1201“.

Gemäß Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.  
797/85 hat die Kommission bezüglich der genannten  
Vorschriften zu entscheiden, ob im Hinblick auf ihre  
Vereinbarkeit mit der genannten Verordnung und unter  
Berücksichtigung der Ziele sowie des notwendigen  
Zusammenhangs zwischen den verschiedenen  
Maßnahmen die Bedingungen für eine finanzielle Beteili-  
gung der Gemeinschaft erfüllt sind.Die genannten Vorschriften entsprechen den Bedin-  
gungen und Zielen der Verordnung (EWG) Nr. 797/85.Der Ausschuß des EAGFL ist zu den finanziellen  
Aspekten gehört worden.Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen  
entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Agrarstruk-  
turausschusses —**HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :***Artikel 1*Die im Vereinigten Königreich in Anwendung der  
Verordnung (EWG) Nr. 797/85 getroffenen Maßnahmen  
erfüllen unter Berücksichtigung der „Statutory Instru-  
ment“ 1988 Nrn. 1056 und 1201 weiterhin die Bedin-  
gungen für eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft  
an der in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 797/85  
genannten gemeinsamen Maßnahme.*Artikel 2*Diese Entscheidung ist an das Vereinigte Königreich  
gerichtet.

Brüssel, den 16. Februar 1989

*Für die Kommission*

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. Nr. L 93 vom 30. 3. 1985, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. Nr. L 108 vom 29. 4. 1988, S. 1.